

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Quartal 70 Cents pro Jahr 240 Cents. — Bestellungen nehmen alle inländischen Buchhändler, Druckereien und Verleger (Gotha) oder Postanstalten zu, unter Einbezug der Postgebühren und des Abonnementpreises. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Poststraße 30.

Angabe pro Jahr: Für die jüngstgegründete Mitternachts-Zeit in Gotha. — Preis pro Quartal 70 Cents pro Jahr 240 Cents. — Bestellungen nehmen alle inländischen Buchhändler, Druckereien und Verleger (Gotha) oder Postanstalten zu, unter Einbezug der Postgebühren und des Abonnementpreises. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Poststraße 30.

Nummer 36

Halle a. S., 3. September 1927

3. Jahrgang

Rund um Locarno.

internationale Tagungen — Der Presserkongress in Genf gegen die Zensur — Die interparlamentarische Union in Paris — Zwischenfälle — und de Jouvenel — Briands Eingreifen — Ein neues Bekenntnis zu Locarno — Der Lokal-Anzeiger „national“ — Die Deutschen in Paris gegen ihn — Teillösung der Truppenfrage — England und Belgien gegen Frankreich — Keine Erwartungen für Genf — Vorwahrjahr — Der Rücktritt Cecilis — Verminderte Kritik — Vanderveldes Vorschlag — Das Kabinett gegen ihn — Deutscher Erfolg in Memel — Verschärfung des Flaggensstreits.

Die Staatsmänner in Genf wieder zusammenkommen sind internationale Tagungen die Minister in ungewöhnlich starkem Maße auf sich gelenkt. Presserkongress in Genf und die interparlamentarische Union in Paris. Beide zu begrüßen, da nur das Zusammenkommen der Völker auch das gegenseitige Verständnis das in der Vergangenheit gefehlt und vielleicht auf spätere Jahre vermeiden lassen können. Nichts wird wichtiger als die Entwicklung der Regierungen so zum Ausdruck zu bringen — von den Militärs ganz zu schweigen — das geringe Verständnis für die Befensart und Bedürfnisse anderer Nationen. Sie kennen, heißt nicht, sich lieben, es überbrückt nicht die inneren Gefühle, aber es schafft die Möglichkeit zu ruhiger Auseinandersetzung und zu freundschaftlichem Begehren. Nichts gilt das für die Presse, die als Sprachrohr der öffentlichen Meinung die Entwicklung zu fördern, statt zu hemmen hat. Daß sie dieser Aufgabe nicht immer gerecht wird, gehört auf ihr Schuldkonto. Amis erweist, daß jetzt ein internationales Gremium entstanden, dem man sich miteinander aussprechen kann. Die inneren Interessen zeigen sich dann sehr schnell hinter die nationalen Vorurteile. Gemeinfratene Bekanntheit hat auch dort zu einmütigen Beschlüssen geführt, verlangt eine internationale Ausweitung, die leidige Falschwertigkeiten beseitigt und die Verantwortung erleichtert werden soll. Ueber Nachrichten und andere Erfordernisse der Zeit ist gesprochen und hat zu anerkenntniswerter Übereinstimmung geführt.

Mit berechtigter Vorsicht ist die Pressetagung an die der Zensur heranzutreten. Empfindlichkeiten gibt es schon. Vor allem aber sagte man sich, daß jeder die gehende Befehl unüberwindlich sein würde. Desswegen man sich mit einem Kompromiß und hat etwas geleistet. Die Zensur in Kriegszustand blieb bestehen. Kein Staat läßt sie sich entwenden. Sie ist notwendig, weil ohne sie der Journalismus ständig in Gefahr läuft, den Gesetzen über Landesverrat und Verrat ähnlicher Geheimnisse zum Opfer zu fallen. Auch die häufige Berichterstattung kann im Kriege nicht immer Vermeidung der nationalen Interessen vermeiden. In den Tagen aber ist die Zensur ein Übel. Deshalb ihre Beseitigung gefordert, wenn man auch als zureichende Bestimmung außergewöhnliche Umstände zurechnen Generationen lesen sie mit vernünftiger Heiterkeit. Dem Journalismus der Gegenwart werden sie zu einer wertvollen Hilfe. Jedes Volk hat ein Anrecht auf wahrheitsgemäße Unterrichtung. Nicht nur über die Angelegenheiten des eigenen Landes, sondern auch im fremden Lande. Zensur aber ist die große Lüge, die nur schlecht mit nationalen Interessen gerechtfertigt werden soll. Die hat in Genf den Finger auf eine eiternde Wunde gesetzt.

Bedeutender noch war die Tagung der interparlamentarischen Union in Paris. Poincaré begriffte sie in ihrer Bedeutung überaus herzlich. Die Diskussionen sind die Zwischenfälle. Als Löbe auf die Landbesetzung hinwies, die einer Verständigung die Voraussetzung und die Zurückziehung aller Truppen noch im dieses Jahres forderte, erhob sich Herr de Jouvenel, der erst aus der französischen Delegation am Vortage ausgeschieden ist, weil ihm Briands Politik nicht zusagte, um dem Reichspräsidenten entgegenzutreten. Ihn ist die beste Friedensgewähr eine starke Armee. Vertreter der Vergangenheit, der in der Gegenwart in Platz mehr hat. Der demokratische Reichspräsident Professor Schilling übernahm es, den Standpunkt zu mahnen. Er sagte, was notwendig aber die eigentliche Absicht de Jouvenels viel eher zu sein. Der wußte, daß sich der Angriff weniger Deutschland als gegen ihn selbst gerichtet hat. Mit dieser Erwähnung der Ungehörigkeiten seines Mannes, aber er vernichtete ihn unter dem Jubel Teilnehmer. Ein neues klares Bekenntnis zu Locarno, dem großen Veröhnungswort die bindende Wirkung, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen, er erkannte mit scharfer Unterstreifung die deutsche

Friedensliebe und den Mut Stresemanns an, der in Locarno zu großer geistlicher Aufgabe den Anstoß gegeben hatte. Keine schimmerte eine gewisse Resignation durch. Briand verträufelte auf spätere Zeiten, die das Wort vollenden würden.

Herr Löbe hat sich ein Verdienst erworben, als er so tapfer die deutschen Forderungen zum Ausdruck brachte. Er sprach für die Nation. Selbst rechtslebende Blätter fanden das berechtigt. Nur der Berliner Lokal-Anzeiger des Herrn Hugenberg höhnte und spottete, daß sich der Sozialdemokrat in die deutsche Außenpolitik eingemischt hätte. Mit ängstlicher Laune überzog er die ganze Rede und nahm unterdessen für den Gegner Deutschlands, den französischen Chauvinisten de Jouvenel Partei. Wenn man „national“ ist, kann man sich auch diesen Affront leisten. Es gehört in ein großes Kapitel. Von dem Byzantinismus der Kaiserzeit, zu dem dieses Blatt in bezuglicher Unwahrscheinlichkeit seine Veder ergoß, über die Fälschungen des Mobilisations-Extraktives und die Unterbrechung des Kaputtlochs hinweg bis zu dem neuen Streich führt eine einseitige Linie. Das aber ist selbst den Deutschen nicht zu viel geworden. Gemüht wurde in Paris, aber sie stimmten dafür, der Empörung über das Verhalten der Hugenberg'schen Auslandspresse keine gefühlvolle Bestimmung regelt den Begriff der nationalen Bestimmung, aber das deutsche Volk weiß wenigstens jetzt, daß damit auch politische Hochtappel getrieben wird.

In schweren diplomatischen Kampf ist nun eine Teillösung der Rheinlandfrage erzielt worden. Befriedigen kann sie nicht, denn sie erfüllt unsere Erwartungen in sehr bescheidenem Ausmaß. Bestimmte mußte auch das Geschehene, das dem Ergebnis voranging. Und doch stellt es sich als einen Erfolg dar. Nach vor Wochen hatten unter dem Druck der Militärs, dieser großen Schädlinge unserer Zeit, Blätter und Politiker in Paris das deutsche Anrecht auf die Auswirkung von Locarno bestritten. England und Belgien griffen ein. Langsam wich man an der Seine zurück. Jüngstmalig Mann wurden als Höchstleistung bezeichnet. Darüber könne man aus Gründen der Siderheit nicht hinausgehen. Die Festlegung der Ostgrenze wurde als Gegengewicht gefordert. Chamberlain lehnte das mit äußerster Entschiedenheit ab. Er und Vandervelde waren bereit, ihre Truppen zum größten Teil vom Rhein zurückzunehmen, wenn sich Frankreich weigerte, damit Deutschland keine Klage über Wortbruch erheben könne. Das gab Briand die Kraft, auch diese Widerstände zu überwinden und wenigstens die Verminderung der Besatzung um 8000 Franzosen durchzuführen. Es ist nicht viel, aber auch das nehmen wir als Abblagszahlung entgegen.

Große Erwartungen soll man an die Genfer Ratstagung nicht knüpfen. In England und Frankreich hat der Wahlkampf bereits eingesetzt, und kein Staatsmann entschließt sich unter solchen Bedingungen zu entscheidender Tat. Erst müssen die innerpolitischen Schlachten geschlagen sein. Ein seltsamer Zufall will es daß 1928 fast alle großen Nationen an die Wahlurne gerufen werden. Daß sich uns das Ergebnis nur Locarno bestätigt, können wir schon heute mit Sicherheit behaupten. Auch für England besteht nicht der mindeste Zweifel. Vermutlich wird der gewaltige Ausbruch, der sich nach links dort vollzieht, sogar noch den Willen zur Verständigung verstärken. Alles kommt auf Frankreich an. Prophezeien ist immer mißlich, doch hofft man im Lager der Locarno-Politik auf einen beträchtlichen Erfolg. Bewacht sich dies, so wird sich das Tempo der Verständigung beschleunigen lassen.

Der Rücktritt Lord Robert Cecilis als Kanzler für Locarno war der schwerste Schlag, der dem Kabinett Baldwin zugefügt werden konnte. Eines der angesehensten Mitglieder der konservativen Partei hat eine vernichtende Kritik an der bisherigen Politik des Foreign Office geübt. Er bemängelte, daß Chamberlain nicht energischer für die Zurückziehung der Truppen am Rhein gewirkt habe. Im äußersten Falle hätte England allein vorgehen müssen, um Frankreich zu isolieren und so einer Verständigung willfährig zu machen. Vor allem aber

wandte er sich gegen die Sabotage, die von der Admiralgenschaft gegen die Seeabriegelungskonferenz geübt worden ist und das Scheitern der von Coolidge einberufenen Tagung zur Folge hatte. Klipp und klar sprach er es aus, daß er nur widerwillig die Instruktionen befolgt habe, die er für Genf erhalten. Sie waren ungenügend. Schärfere konnte sich kein Gegner der Regierung äußern. Vergeltung hat Baldwin diese Kritik zurückgewiesen. Selbst im konservativen Lager findet man sie als berechtigt. Bedauerlich, aber auch verständlich, daß Cecil nicht wieder nach Genf geht, wenigstens nicht als Bevollmächtigter Londons. Möglich als Delegierter Südafrikas, was er den Herren in Kapstadt nahe genug gelegt hat. Im Völkerbunde wird man diesen tapferen Vorkämpfer großer Ideen schmerzlich vermissen. Sein Name war eine Bürgschaft. Sein Name kann aber auch zur Parole für die Wahlen werden, die England bevorstehen. Die Liberalen reden ihm gültig zu, den Liberit zu ihnen zu vollziehen. Folgt er dem Rufe, so ist er wahrscheinlich der künftige Herr im Foreign Office.

Herr Vandervelde hatte den Mut, der Reichsregierung eine Untersuchungskommission für den Frankreichkrieg 1914 vorzuschlagen. Das Belgien dabei warnte ist unerfindlich, denn die Klärung der Wahrheit kann doch nur beiden nützlich sein, die sich behauptet haben, daß das Recht auf ihrer Seite stehe. Sofort aber erhob sich der Sturm, und bei der Denkmalsentweihung in Dinant wurden ungezählte vergiftete Pfeile auf den Außenminister abgeschossen. Er befindet sich auf dem Wege nach Genf, aber es scheint, daß er bereits zurückgekehrt ist, um erst dem Kabinett Rechenschaft abzugeben über dieses Angebot an den einstigen Feind. Der Ministerpräsident Josaphat wie er. Wir selbst haben keine Anregung begründet, denn ganz gleich wie das Ergebnis der Untersuchung ausfällt, kann es nur der Verständigung bedürftig. Wenn der alte Schutz fortgeräumt wird, noch wissen wir nicht, ob Vandervelde Sieger bleibt. Es wäre jedenfalls für die weitere Entwicklung nicht günstig, sollte er unterliegen.

Die Wahlen in Memel haben zu einem gewaltigen Erfolg der Deutschen geführt. Keine 10 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die Litauer. In Konno steht man jetzt vor schweren Entscheidungen. Kein Direktorium kann verfassungsgemäß eingesetzt werden, das nicht den Befehl der Deutschen findet, denn es bedarf zur Leistung der Geschäfte eines Vertrauensbündnisses des Parlaments. Entweder gibt man den Deutschen ihr Recht, oder man schafft neue Konflikte, die dem Ansehen des Landes nicht nützen können. Herr Woldeмарs sind ja in Genf Gelegenheit haben, mit Stresemann darüber zu sprechen, und er, der die Stimmung dort kennt, wird sich wohl kaum im Zweifel darüber sein, daß eine Gewalttat gegen ihn ausschlagen müßte.

Der Flaggensstreit mit den Hotels hat sich weiter verschärft. Wieder stellte man sich auf den Standpunkt, daß man neutral bleiben müsse, was in Wahrheit nur bedeutet, daß man sich vor den Anhängern der Vergangenheit heugt, um die Republik zu brüskieren. Breußen hat seine Pflicht getan und dem Reichskabinett mitgeteilt, daß es seinen Beamten verbieten würde, in amtlicher Eigenschaft diese Hotels zu betreten. Der Reichsbeamtenminister hat bereits erklärt, daß er dem Reichspräsidenten folgen und für seine Person diese Hotels nicht betreten würde. Das Kabinett hat noch nicht geantwortet. Bleibt es dem Kanzler ganz sicher nicht werden, auch die deutschen Kollegen zu einem entsprechenden Beschlusse zu bewegen. Dann wird wohl der Reichstag ein wenig nachsehen müssen. Ein Jurist gibt es nicht. Richard Ma.

Pflicht!

Bei allen Einkäufen berücksichtige die Inserenten dieser Zeitschrift.

Die Angst vor dem Volksentscheid.

19 893 507 Stimmen für Schwarz-Weiß-Vot?

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Ein führendes Blatt der Deutschen Volkspartei hat die Deutschen nationalen Volkspartei aufgefordert, doch einen Volksentscheid für die Wiedererrichtung der Farben schwarz-weiß-rot herbeizuführen. Auf diese Aufforderung, die des politischen Reizes nicht entbehrt, hat die Presse der Deutschen nationalen Volkspartei bisher geschwiegen. Sie wird es auch weiterhin tun, denn es dünnt ihm ja schließlich auch die Deutschen nicht, als daß sie nicht wüßten, daß sie mit einem Volksentscheid über die Wiedererrichtung der Farben schwarz-weiß-rot eine völlige Niederlage erleben würden.

Nach Artikel 78 der Verfassung ist ein Volksentscheid herbeizuführen, wenn ein Drittel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfes stellen. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Vorlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Von Seiten der Deutschen nationalen Volkspartei müßte also das Volksbegehren durchgeführt werden. Da die Deutschen nationalen bei der letzten Wahl über 6 Millionen Stimmen auf sich vereinigten konnten, so würden sie voraussichtlich auch die rund 4 Millionen Stimmen, die beim Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides notwendig sind, aufbringen. Damit sind auch die deutschen nationalen Möglichkeiten erschöpft, denn im Artikel 76 der Weimarer Verfassung heißt es weiter: „Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschloffen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.“ Wenn die Deutschen nationalen einen Gesetzesentwurf vorlegen, nach dem die Farben schwarz-weiß-rot als Nationalflagge Geltung haben sollen, so ist das selbstverständlich eine Verfassungsänderung, und beim Volksentscheid muß dieser Gesetzesentwurf die Mehrheit der Stimmberechtigten auf sich vereinen. Nach den Ziffern zum Volksentscheid über die Rückkehr zum Reichstag sind also 39 787 013 Personen stimmberechtigt. Wenn der deutsche nationale Verfassungsändernde Antrag Gesetzeskraft haben sollte, so sind demnach 19 893 507 Ja-Stimmen notwendig. Die Erreichung einer solchen Stimmenzahl ist aber eine glatte Unmöglichkeit, wenn beachtet wird, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Deutschen nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wälfischen, die Bayerische Volkspartei, der Landbund, die Wirtschaftliche Vereinigung mit dem Bauernbund, die Deutsch-hannoversche und die Deutschsozialen zusammen nur 12 870 230 Wähler auf die Beine brachten. Selbst wenn man, was natürlich ausgeschlossen ist, annehmen würde, daß das gesamte Zentrum für diesen Volksentscheid zu haben wäre, so wären damit nur 16 987 420 Stimmen erreicht. Und wenn weiter beachtet wird, daß bei der Reichspräsidentenwahl für den Generalfeldmarschall von Hindenburg 14 655 786 Stimmen gezählt wurden, so ist dadurch von vornherein zu erkennen, daß jeder Versuch, die Wiedererrichtung der alten Reichsflaggen auf dem Wege des Volksentscheides durchzuführen, scheitern muß, weil es eben den Anhängern von Schwarz-weiß-rot nicht gelingt, die Mehrheit der Stimmberechtigten unter ihrer Fahne zu versammeln.

Wiederaufbau und Auslandsdeutsche.

Ein Vortrag von Dr. Theodor Heuß.

Auf der Europatagung des Bundes der Auslandsdeutschen hielt der demokratische Reichstagsabgeordnete Heuß einen bemerkenswerten Vortrag über die Wiederaufbauarbeit der Auslandsdeutschen. Heuß sagte u. a.: „Die organisatorische Zusammenfassung der Auslandsdeutschen ist erst nach dem Krieg zur dringlichen Forderung geworden. Wir reden in unserem Zusammenhang nicht von dem Grenzdeutschtum und nicht von dem geschlossenen Siedlungsdeutschtum agrarischer Struktur, das heute in fremdem Staatsverband am seine Existenz kämpft. Seine Sorgen sind im volksdeutschen Sinne auch unsere Sorgen. Aber die politische und wirtschaftliche Problematik ist hier eine andere als bei den Auslandsdeutschen, die als Kaufleute, Industrielle, als Handwerker, in freien Berufen draußen gerettet sind. Gerade an sie denken wir. Als sie sich, gleichviel wie ihre Heimat hieß, nach dem Kriege sammelten, handelte es sich für sie darum, ein Instrument zu schaffen zur gemeinsamen Vertretung ihrer Rechtsansprüche und Wirtschaftsinteressen, soweit Kriegsverlauf und Versailles Vertrag sie getroffen, sie vielfach vernichtet hat. Jeder von uns wünschte, daß wir über diese begrenzt-zweckhafte Aufgabe, die mit dem Wort **Equidations- und Gewaltschäden** gekennzeichnet ist, längst hinausgewandert wären. Wir stehen erst vor dem Endstadium an eine extrajuridische Regelung dieses Problems. Aber daß diese Regelung möglich ist, dazu bedarf es ja doch nun der sachlichen und heilsamen Teilnahme auch der nicht betroffenen Volksteile. Das deutsche Volk muß begreifen, daß es sich bei der Kriegsschadenfrage nicht lediglich um die Verteidigung privater Ansprüche handelt, sondern um eine **volkswirtschaftliche Gesamtfrage**. Damit der Auslandsdeutsche draußen wieder aufbauen kann, bedarf es neben seiner Initiative, seines Könnens, seiner Erfahrungen, seines Kapitals der moralischen und sachlichen Stütze in der heimatischen Politik. Umgekehrt würde es oft nötig sein, denen draußen, damit ihr Urteil über die Heimat klar und lebendig bleibe, die Zusammenhänge des innenpolitischen Machtkampfes sachlich zu verdeutlichen.“

Es ist nicht meine Absicht, das Problem zu diskutieren, ob die Industrialisierung und Kommerzialisierung Deutschlands ein Glück für unser Volk war und ist. Seine ist, mögen wir noch so lockbare Anhänger einer innerdeutschen Siedlungspolitik sein, die einfache Gegenheit die Verflechtung des deutschen Wirtschaftslebens mit dem

internationalen Markt. Wir brauchen fremden Rohstoff für unser eigenes Leben, brauchen ihn für den Verkehrsverkehr. Wir müssen mit deutscher Arbeitsleistung zugleich auf den fremden Markt kommen, um deutschen Händen Arbeit zu schaffen. Das ist die Kernfrage aller deutschen Wirtschaftspolitik und unter dem Gesicht des Tagesplans noch fast dringlicher geworden als sie vordem war. In dem Gedankten dieser Entwicklung müssen wir die Arbeit der Auslandsdeutschen sehen. Sie sind die Aufgabenposten, die die Bedürfnisse der fremden Wirtschaft erkennen und der Heimat mitteilen. Sie fühlen den Puls des fremden Wirtschaftslebens, aber sie sind gleichzeitig die Stelle, die aus der Heimat Empfänger sein soll der Berichte über technische und wirtschaftliche Leistungen, die auf dem deutschen Boden gewonnen sind. Das Schwerkgewicht liegt unzweifelhaft in der Funktion, dem deutschen Export zu dienen.“ Heuß schloß mit dem Hinweis auf die Bedeutung, die der Entscheidungssache in dieser Beziehung für die deutsche Wirtschaft zukommt.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion Die Arbeiten des Preussischen Landtags.

Vorhau auf die Verbitung.

Der Preussische Landtag, der am 11. Oktober zu seiner Herbsttagung zusammentritt, wird eine ganze Reihe gesetzgeberischer Arbeiten zur Erledigung vorfinden. Der Ständige Ausschuss des Landtags hat neben der Flaggeneuerungordnung dem Ausführungsgesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten zugestimmt und eine Koelle zum Berufsschullehrergesetz angenommen. Diese Beschlüsse muß das Plenum des Landtags bestätigen. Am 19. September beginnt bereits der Hauptausschuss seine Arbeit mit der Stellungnahme zum **Steuervereinfachungsgesetz**. Der Hauptausschuss des Landtags tritt dann wieder am 6. Oktober zusammen, wo er über das vom Kultusministerium vorgelegte **Denkmalschutzgesetz** berät und sich ferner mit der Verärgerung der Beteiligungen des preussischen Staates an den Privatseebahnen befaßt. Eine Zweidrittelmehrheit muß der Landtag für das Gesetz zur Zusammenfassung der staatlichen Elektrizitätsunternehmen aufbringen, das der Staatsrat in der Form der Regierungsvorlage abgelehnt hat. In den ersten Wochen seiner Herbsttagung wird der Landtag ferner das Gesetz über **Rechtsregeln der Richter** beraten, das Schulkostenregel und die Vorlage über die Bereitstellung eines 1/2-Millionenkredits für die städtischen Wasser- und Kleinindustrie. Das Grundkapital der Zentralgenossenschaften soll eine Verringerung erfahren, indem die Beteiligung des Staates um 11 auf 45 Millionen Mark erhöht wird. Auch darüber liegt dem Landtag ein Gesetzesentwurf vor.

Politische Notizen.

Aus der Praxis der Flaggeneuerer.

Ein neues Beispiel dafür, wie die Flaggeneuerer in Bädern vorgehen, ist ein Vorfall, der sich im Nordseebad Pöls um gutrug. Dort wurde von dem Strandorf eines Großkaufmanns von zwei jungen Burjchen die Reichsflagge Schwarzrotgold entwendet. Die Burjchen schlichen sich wie Straußdiele an den Strandorf heran. Während sie ihr Vorhaben ausführten, standen in der Nähe zwei junge Mädchen Schmiere. Der befohlene Kaufmann hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt. Im Nordseebad Balthrum wurde auf Anordnung des Regierungspräsidenten die demonstrativ ausgelegene schwarzweißrote Badabnahme entfernt. Das Gemeindefolkemittel beschloß darauf, eine schwarze Fahne zu hissen, angeblich am nach seiner Seite hin politischen Anstoß zu erregen.

Der demokratische Staatsminister Dr. Moeller wiedergewählt.

Der medienberühmte Landtag nahm in seiner am 30. August stattgefundenen Sitzung die Wahl des Staatsministers an Stelle des gefürzten demokratischen Ministers Dr. Moeller vor. Im ersten Wahlgang erhielt der von den Regierungsparteien wiederum genannte Kandidat Dr. Moeller 24 Stimmen, der deutschnationale Abgeordnete Wolff 23 Stimmen. Drei Stimmen verpöhlerten. Die Stichwahl zwischen dem Abgeordneten Dr. Moeller und Dr. Wolff ergab für Moeller 24 Stimmen, für Wolff 23 Stimmen. Staatsminister Dr. Moeller ist damit wiedergewählt. — Der Landtag trat dann in die zweite Lesung des Haushaltsplanes für 1927/28. Es ist damit zu rechnen, daß diesmal der Plan nach einigen Abänderungen in dritter Lesung angenommen wird. Mit der Annahme des Etats ist endlich die langwierige Regierungskrise in Mecklenburg-Schwerin gundäßig überwunden. — Der bisherige kommunalistische Abgeordnete Bahler ist aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Er will vorläufig fraktionslos dem Landtag angehören.

Koalitionsfreunde unter sich.

Aufsehen erregt in Königsberg ein in seiner **Umerthölicher Angriff**, den die deutschnationale „Preussische Zeitung“ gegen den der Volkspartei angehörigen Königsberger Regierungspräsidenten o. Bahlerfeld unternimmt. In dem Bericht über ein **Militärparadenkonzert** in Metzgerien zählt sie die Teilnehmer auf. „Zum Konzert waren auch erschienen der Kommandeur des Wehrregiments, Generalleutnant Freiherr v. Giebel, der Stadtkommandant Oberst Goldner, Oberpräsident Siehr und viele Offiziere mit ihren Damen, für die eine blumengeschmückte Tafel im Garten aufgestellt worden war.“ Und dann heißt es in dem Bericht wörtlich: „Unter das durchweg anständige Publikum hatte sich auch Herr Regierungspräsident o. Bahlerfeld gemischt.“ Da nach der Fassung dieses Satzes nicht anzunehmen ist, daß es sich bloß um eine journalistische Entstellung handelt, dürfte eine **beabsichtigte und bewusste Verleumdung** des Königsberger

Regierungspräsidenten in Frage kommen, auf deren weitere Folgen man gespannt sein kann.

Stahlhelm und Staatsbeamte.

Ein offener Brief an den obenberühmten Namen. Wie gegen die Republik und ihr verfallendes Symbol gearbeitet wird, geht aus einem offenen 2. Oberbürger Reichsbannerführers an den dortigen, nitter des Innern hervor. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet darüber: Der Stahlhelm, eine der Oldenburgischen Landesregierungen plant, will natürlich dabei eine Beziehung, die seiner „nationalen Einstellung“ entsprechen, zu diesem Zwecke zurzeit Beauftragte mit dem **Geschäftsleuten**, denen Einzelgesprächen mit der **forderung** vorgelegt werden, bei der Stahlhelm, „Schwarz-Weiß-Vot“ zu flaggen. Wenn es der **inhaber** absieht, sich für eine verfassungswidrige **geherlichen Umstand**, daß **Staatsbeamte** in **Stellung** dem Stahlhelm angehören, die bei dieser **Verfassungsmäßigen Reichsflagge** mit

„Verfassungsfeier“ ohne — Ernst August.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus der Gegend folgender Vorfall erzählt. Am 10. August die Gemeindevorsteher vom Landratsamt in mal daran erinnern, daß die öffentlichen Gebäude fallungsstagn zu flaggen hätten, und daß Verfallung abgehalten seien. Der Bauernmeister (Gemeindevorsteher von Wollbrandshausen muß wohl an **sprecher** statt „11. August“ „Ernst August“ **haben**, denn am 11. August wurde die **Kathedrale**, die Häuser müßten flaggen, denn der Herzog August von Braunschweig und Lüneburg komme **in** Fahrt nach Mecklenburg durch den Ort. **Man** **Freude!** Man wartete 3 Stunden am **Ortsangehörigen** sich auch der **Deutschnationalen** **Berein** **Boden** einer **Fahnenabordnung** **eingefunden** **hatte**, **aber** **August** **am** **nicht**. **Schließlich** **wurde** **die** **Ende** **lang** **und** **verdächtig**, **und** **so** **fragte** **man** **denn** **dem** **Gemeindevorsteher** **in** **Gieboldshausen** **an**, **wo** **man** **erfuhr**, **daß** **Verfallungsstagn** **zu** **feiern** **sei**. **Dazu** **hieß** **es** **dann** **aber** **in** **Wollbrandshausen** **nicht** **gelingen** **sein** **am** **man** **behaauptet**, **daß** **der** **Ort** **und** **die** **Wollbrandshausen** **zum** **Verfallungsstagn** **ein** **wiel** **schwierigeres** **Kleid** **haben** **als** **die** **Nachbarorte**. **Im** **nächsten** **Jahr** **wird** **man** **aber** **wirlich** **die** **Verfallungsfeier** **und** **man** **hierbei** **auf** **die** **Teilnahme** **von** **Ernst August**.

Praktische Einrichtung?

Beim Stahlhelm gibt es keine Austritte! In dem Rundschreiben eines Stahlhelm-Kreisführers heißt es: „Ich weise wiederholt darauf hin, daß die Austritte von dem Stahlhelm nicht zulässig sind.“ In demselben Rundschreiben wird als Vorwurf gewertet, daß ein Mitglied des Stahlhelms sich aus dem Stahlhelm nach dem Austritt aus dem Stahlhelm wieder in den Stahlhelm einschleichen will.“ Man merkt diesem ganzen Stille an, daß er von dem Stahlhelm, die stets Gelegenheit hatten, zu kommen und die da glauben, mit diesem Ton die Austritte von dem Stahlhelm zu verhindern zu können. Der Stahlhelm den Versuch macht, auszutreten, wird **hasslos** und damit **geädert**.

Reinische demokratische Jugend gegen die Todesstrafe.

Die rheinische Landesleitung der deutschen demokratischen Jugend hielt in Koblenz ihre erste ordentliche Sitzung ab. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Erneut protestiert die in Koblenz tagende Landesleitung der Deutschen Demokratischen Jugend gegen die Neuerrichtung des deutschen Strafgesetzbuches mit der Todesstrafe. Abgesehen davon immer wieder vorkommenden Justizirrtümern, die allein schon für viele Fälle die Todesstrafe als unethisch, wenn nicht katastrophal erscheinen lassen, sind aus menschenwürdigen Gründen keinem Mensch Leben zu nehmen. Eine Strafe darf doch keinesfalls die Möglichkeit jeglicher Besserung verschließen, welche gerade in erster Linie auf diesen Moment abzielt und erst an anderer Stelle Sühne für ein Verbrechen. Der neue Entwurf des Strafgesetzbuches beruht auf dieser Tatsache in weitestem Maße. Warum soll die Todesstrafe, und nur diese, hieron eine Ausnahme bilden?“

Beamtenfragen.

Bundestag der Kommunalbeamten. Der diesjährige Bundestag des Reichsbundes Kommunalbeamten und angefallenen Deutschen am 2. bis 4. September in Augsburg statt. Der Tagesordnung steht neben der Erörterung finanz- und beamtenrechtlicher Fragen die Besprechung von Organisationsfragen und die der Beamtenbesoldung. Sonntag, den 4. September, werden in einer öffentlichen Kundgebung der Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindefolkemittel „Die gegenwärtige Lage der Selbstverwaltung“ und der demokratische Reichstagsabgeordnete, Minister Dietrich sprechen.

Urlaub der Reichsbahnbeamten.

Eine demokratische Anfrage. Außer vielen anderen Rechtsanfragen, welche Reichsbahnbeamten gegenüber den Reichsbeamten

haben, ist ihnen auch der Erholungsurlaub von der
 sönigen-Gesellschaft gestützt worden. Alle Vorkehrungen
 der Organisation, die die kleinste Maßnahme aufzu-
 waren bisher erfolglos. Nunmehr hat der Reichs-
 abgeordnete Schulte-Steglich sich der Sache an-
 genommen und, namens der Demokratischen Reichstags-
 folgende kleine Anfrage an die Reichsregierung
 hier:
 "Die Reichsbahnbeamten haben auch in diesem Jahr
 nicht gegenüber den Reichsbeamten gestützten Er-
 holungsurlaub von der Reichsbahn-Gesellschaft zugesich-
 tet. Ist die Reichsregierung bereit, auf die Deutsche
 behörden-Gesellschaft dahin einzuwirken, daß die Reichs-
 holungsurlaub über den Erholungsurlaub der Reichsbeamten
 auf die Reichsbahnbeamten Anwendung findet?"

Beschäftigung von Doppelverdienern.

Der Preussische Minister des Innern bringt den Behörden
 Jülicher Verwaltung, den Gemeinden und Gemeindevor-
 ein ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Ver-
 der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Kenntnis,
 dem der Amtliche Preussische Presedienst das Folgende
 mit:

In einem Schreiben vom 24. 9. 1926 habe ich als „Doppel-
 verdiener“ insbesondere die Personen bezeichnet, die sich im
 alle einer auskömmlichen Pension oder Rente bedienen. Zu
 Doppelverdienern gehört daher nicht, wer nur zeitlich
 begrenzte Zuschüsse und Beihilfen erhält,
 ihm den Abgang in einen anderen Beruf ersichern
 Das trifft auf die Angehörigen der Wehrmacht und
 Schutzpolizei zu, denen nach ihrem Ausscheiden geringe
 ergangsgebühren auf 1, 2 oder höchstens 3 Jahre gewährt

werden, weil sie durch ihre jahrelange Dienstzeit dem freien
 Erwerbseben entfremdet werden und ihre Kenntnisse nicht
 fortentwickeln können. Sie haben daher in der Regel nach
 ihrer Entlassung meist geringere Verdienstmöglichkeiten
 als andre Arbeitnehmer.

Wie mir mitgeteilt wird, haben aber eine Anzahl Ar-
 beiter die Beschäftigung von Personen, die
 Übergangsgebühren erhalten, unter Bezug auf mein Schrei-
 ben vom 24. 9. 1926 abgelehnt. Das entspricht
 nicht dem Sinne und Zweck dieses Schreibens.
 Ich bitte Sie daher ergebenst, die Ihnen angebotenen Ver-
 bände über die Sachlage aufzuklären und somit dazu beizutragen,
 daß den ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der
 Schutzpolizei das Unterkommen auf dem Arbeitsmarkt erleich-
 tert wird.

Soziales

Ständesfürorge für die Angestellten.

18,5 Millionen Reichsmark für Krankenhilfe.

Die Krankenkasse des Gewerkschaftsbundes der Ange-
 stellten (Erfafkasse) hielt am 20. und 21. August 1927 in
 Heideberg ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Von
 besonderer Bedeutung war die Mitteilung, daß die
 Krankenkasse als Vorkrankenkasse des Gewerkschafts-
 bundes der Angestellten im Sinne des Gesetzes vom 15.
 Juli 1927 durch Zulassung seitens des Reichsarbeits-
 ministeriums künftig den gesamten Mitgliederkreis des
 GDV umfassen soll. Bisher waren die Gründerverbände
 des GDV, infolge gesetzlicher Vorschriften gezwungen,
 3 besondere Klassen zu unterhalten. Das bedeutet, daß

auch auf dem Gebiete des Standesversicherungswekens die
 Nationalisierung und Vereinheitlichung immer weitere
 Fortschritte macht. Die GDV-Krankenkasse verwirklicht
 den Selbsthilfepensanten auf berufstätiger Grundlage
 und zieht alle ihre Mitglieder zur Mitarbeit an der Aus-
 gestaltung ihrer Krankentafeleneinrichtungen und damit
 zur regsten Selbstverwaltung heran. Aus dem Jahres-
 bericht der GDV-Krankenkasse für 1926 geht hervor, daß
 über 624.000 Familienangehörigen Krankenversicherungs-
 schutz gewährte und dafür Aufwendungen an Kranken-
 hilfe in Höhe von über 18 1/2 Millionen Reichsmark
 machte.

Briefkasten

Ballenstedt. Die Antisemiten schwindeln. Es liegen
 darüber genaue Zahlen vor. In Breußen gab es im Jahre
 1925 bei 38 120 173 Einwohnern nur 403 969 Juden, jedoch
 auf 1000 Einwohner 11 Juden kommen. Auf das 351 045
 Einwohner zählende Anhalt entfallen nur 1140 Juden, also
 auf 1000 Einwohner nur 0,32 Juden.

Sleben. Mit am Kopfe unseres Klattes, ersichtlich.
 Anschrift R. R., Magdeburg, Breiterweg 139/140.

Gr.-Dittersleben. Der Schwindel, der sozialdemokratische
 Abgeordnete Dr. Landsberg ist Millionär, wurde vom
 Berliner Votallandtagler anfangs Februar d. J. ver-
 breitet. Jeder Eingeweihte weiß, daß V. von seiner Annah-
 mepraxis lebt. V.'s Vermögen reicht wirklich nicht aus, als Pri-
 vatmann zu leben.

Gewisch. Der Abgeordnete W. Rabe ist nach einer Mit-
 teilung des „R. T.“ am Sonntag, den 6. Februar, aus der
 Röstischen Partei ausgeschlossen.



In unserm ständigen Streben nach Höchstleistungen in bezug auf Auswahl, Qualität
 und Preis liegt für unsere Kundschaft die größte Gewähr für vorteilhaften Einkauf.

- Damenhemd mit Stickerei verziert, gute Verarbeitung und Aus-
 führung Mfr. 1.05 1.75 **1.25**
- Damenhemd weiche Stoffe mit prima Stickerei verarbeitete Mfr. 2.25 2.75 **2.45**
- Damenhemd Vorderstück mit Kermel, gute Qualitäten Mfr. 3.50 3.80 **2.90**
- Hemd hose mit Stickereien oder Knopfleisten verziert Mfr. 3.90 3.25 **2.90**
- Hemd hose mit Seiden oder guten Stickereien verarbeitete, prima
 Stoffe Mfr. 6.75 5.50 **4.50**
- Nachthemd in vielen schönen Ausführungen Mfr. 2.35 2.90 **2.65**
- Nachthemd reißende Streifen, vorzügliche Stoffe, mit schönen Sticke-
 reien verziert Mfr. 5.50 4.05 **3.90**
- Prinzebrock mit reißenden Stickereien garniert Mfr. 3.25 2.25 **1.75**
- Prinzebrock mit Knopfleisten od. Stickereien reich garn. Mfr. 5.60 4.85 **3.85**
- Nachtjacke Blausamt oder Hemdbaumw. Mfr. 3.65 2.75 **2.25**
- Linonbezug mit 2 Rippen, fest genäht, sehr gute frühlige Qualitäten Mfr. 10.00 8.50 **7.90**
- Satinstreifenbezug mit 2 Rippen, fest genäht, in Qualität Mfr. 16.50 **13.75**
- Damastbezug mit 2 Rippen, fest genäht, schöne Muster, in guten Qualitäten Mfr. 17.50 15.50 **13.75**
- Bettlaken in gutem Doppelt, auch mit Hochbaum Mfr. 7.50 **3.90**
- Bettlaken Ganzbaum mit verstärkter Mitte oder Halbbaum Mfr. 6.45 **6.25**
- Paradekissen mit Stickerei-Einlagen garniert od. bestickt Mfr. 3.50 2.90 **2.25**
- Frotteierhandtuch weiß und bunt, in guten Qualitäten Mfr. 1.65 1.25 **0.95**
- Frotteierhandtuch schwere Qualitäten, in weiß und bunt Mfr. 2.75 2.50 **1.90**
- Badetuch Größe 100x100, hell farzt Mfr. **2.50**
- Badetuch Größe 100x110, schwere Qualität, hell farzt od. weiß Mfr. 3.75 **2.75**

- Herren-Normalhemd prima wollgemischt, mit Doppelforts Mfr. 4.20 3.75 **2.65**
- Herren-Makohemd mit Doppelforts, weiß oder gelb, nur schönere
 Qualitäten Mfr. 5.00 4.50 **3.90**
- Herren-Normalhose prima wollgemischt Mfr. 3.50 3.00 **2.25**
- Herren-Kniehose weiß oder gelb, Watte, perds Mfr. 3.90 **2.10**
- Garnitur für Herren (Hose und Weste) in Watte, weiß oder farbige
 Stoffe Mfr. 6.75 5.75 **5.25**
- Herren-Hemd hose Sportform, ohne Kermel, weiß, Watte, auch perds,
 in allen Größen vorrätig Mfr. 5.50 4.50 **3.50**
- Herren-Jacke in glatt Watte oder perds gewebt Mfr. 2.10 1.70 **0.95**
- Knaben-Kniehose in Watte oder wollgemischt Mfr. 2.25 **1.60**
- Damen-Hemd hose fein gewebt, weiß und hellfarbig Mfr. 1.80 **0.95**
- Damen-Hemdchen fein gewebt, weiß und hellfarbig Mfr. 1.10 0.75 **0.60**
- Oberhemd bunt, schöne Muster, in gestreift oder farzt Mfr. 6.85 5.90 **4.90**
- Oberhemd bunt, nur erstklassige Fabrikate, reißende Streifen in
 Seide oder Erioline Mfr. 13.25 11.50 **9.75**
- Oberhemd weiß, nur beste Verarbeitung mit schönen Mugs, od. sehr
 schön gestreift Mfr. 10.75 9.25 **7.50**
- Einzelne Oberhemden marhaubt in weiß, in Dalmatien 35 und 50
 45-48, meist unter Preis Mfr. 7.70 6.50 **5.75**
- Herren-Schlafanzug in einfarbig Seide oder gestreift, prima Stoffe
 artetzung Mfr. 14.50 **8.75**
- Binder in großer Auswahl, schöne Muster Mfr. 1.25 0.95 0.75 **1.50**
- Binder und fertige Krawatten nur Bestzeiten Mfr. 3.25 2.50 1.90 **1.25**
- Hosenträger in guter Ausführung prima Gummi Mfr. 2.75 1.90 1.50 **1.25**
- Sockenhalter nur gute Qualitäten Mfr. 0.95 0.75 0.55 **0.55**
- Herrenkragen moderne Stoffe und Umlegeformen, reite Bad-stoffe
 in 4- und 5-fach Watte Mfr. 1.10 0.85 0.75 **0.55**

- Damen-Strümpfe Baumwolle, Doppelföße und Hochferse,
 schwarz und farbige Paar Mfr. **0.58**
- Damen-Strümpfe Wollwolle, Doppelföße und Hochferse,
 schwarz und farbige Paar Mfr. **0.75**
- Damen-Strümpfe echt wappige Watte, Doppelföße
 und Hochferse, schwarz und farbige Paar Mfr. **1.10**
- Damen-Strümpfe wappige Baumwolle, mit Watte, Doppelföße und
 Hochferse, schwarz und alle mod. Farben Paar Mfr. **1.35**
- Damen-Strümpfe prima Seidenhaar, Doppelföße und Hochferse,
 in den neuen Farben Paar Mfr. **1.50**
- Damen-Strümpfe flutliche Wappweise, Doppelföße
 und Hochferse, schwarz und farbige Paar Mfr. **1.65**
- Damen-Strümpfe prima Seidenhaar, Doppelföße
 und Hochferse, farbige farzt Paar Mfr. **2.10**
- Damen-Strümpfe prima Seidenhaar, Doppelföße und Hochferse,
 schwere Qualität, schwarz, grau u. beige Paar Mfr. **2.25**
- Damen-Strümpfe Vambrotelbe, Goldstempel, mod. Farben Paar Mfr. **3.25**
- Damen-Strümpfe Vambrotelbe, Goldstempel, extra feinfarbige
 Qualität, in jeder modernen Farbe Paar Mfr. **3.75**

- Herrensocken farbige gemittelt, verstärkte Ferse und Spitze Paar Mfr. **0.95**
- Herrensocken grau, verstärkte Ferse und Spitze Paar Mfr. **0.88**
- Herrensocken Jockeyschulter Paar Mfr. **0.65**
- Herren-Schweißsocken wollgemischt, grau, verstärkte Ferse in Spitze Paar Mfr. **0.75**
- Herrensocken schöne Wulst Paar Mfr. **0.65**
- Herren-Schweißsocken wollgemischt, verstärkte Ferse und Spitze
 mod. Paar Mfr. **0.95**
- Herrensocken Baumwolle, verstärkte Ferse und Spitze Paar Mfr. **1.25**
- Herrensocken verstärkte Ferse und Spitze, moderne Farben Paar Mfr. **1.35**
- Herrensocken prima Seidenhaar, Doppelföße und Hochferse,
 in modernen Farben und schwarz Paar Mfr. **1.75**
- Herrensocken prima Qualität, verstärkte Ferse und Spitze,
 elegante Muster Paar Mfr. **2.95**



WEBERERWAREN * BREITE WEG 57-60

Hat, die Eltern aber ihre Kinder konfessionell erziehen lassen wollen, so können die Kinder auf Gemeindefeststellen in den Nachbarort geschickt werden. Die Folge ist allerdings eine Zunahme der Schulen in Holland, die Zahl der Sonderkinder ist von 2023 auf 3485 gestiegen. Gewandten sind aber auch die Schulleisten, die für den einzelnen Volksschüler von 50 auf 161 Gulden in vier Jahren gestiegen sind. Beides könnte immer noch erträglich sein, wenn eine Zunahme der Bildung damit verbunden wäre. Holland hat aber wegen der geringen Schulleisten auf die Einführung des besetzten Schuljahres verzichten müssen — wir haben in der Reichsverfassung acht Schuljahre — und somit auch die Pflichtfortbildungsschule nicht. Von erhöhter Leistungsfähigkeit ist also nicht die Rede. Die Verziehung auf den Schulgehalt ist aber auch nicht eingetretten, sondern in jeder Gemeinde sehen Jahr für Jahr erneute Schulkämpfe ein. Statistische Angaben fehlen, aber man darf mit Recht bezweifeln, ob die Zahl der Kinder, die Religionsunterricht besuchen, auf diese Weise zugenommen hat.

Auf katholischer Seite verlaubbart gelegentlich, so jetzt z. B. in einer esthischen Zeitung aus Kolmar, das neue Reichsgesetz bringe eine erhebliche Verbesserung für die Katholiken gegenüber der Weimarer Verfassung: Sicherung der katholischen Schule im Umfang der bestehenden und Zulassung darüber hinaus auch im Gebiet der Simultanschule. Aber sieht man auch die evangelischen Stimmen dazu, die die Bekennnisfrage die letzte Rettung des Protestantismus sei, und sieht man nicht den neu aufkeimenden Glaubenskrieg, der weder Protestanten noch Katholiken zum Segen würde?

Parteinachrichten

Erfartung der Abwehrfront gegen das Schulgesetz.

Zahlreiche Beiträgerklärungen zur Demokratischen Partei.

Bei den Geschäftsstellen der Deutschen Demokratischen Partei im Reich und bei der Reichsgesellschaft in Berlin sind seit der Veröffentlichung des Kundlichen Schulgesetzentwurfs eine große Anzahl von Neuanmeldungen zu verzeichnen. Die größte Zahl derselben, die jetzt in die Deutsche Demokratische Partei neu eingetreten sind, begründen ihren Schritt mit der entscheidenden Stellungnahme, die die Demokratische Partei in der Frage des Schulgesetzentwurfs eingenommen hat.

Verbandstag der Jungdemokraten Bayerns.

In Regensburg fand der 9. Jungdemokratische Verbandstag für Bayern unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung statt. Die wichtigsten politischen Fragen wurden besprochen, vor allem die Schulfrage. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach dem neuen Entwurf etwa 500 Seiten als Organe des öffentlichen Rechts Bekennnisschulen fordern könnten. Professor D u i d e sprach über Außenpolitik und führte aus, daß Hauptaufgabe unserer Außenpolitik heute die möglichst baldige Räumung der Rheinlande sei. Otto S t i n d e gab dann für die bayerischen Jungdemokraten ein entscheidendes Befernnis zum deutschen Einheitsstaat ab u. verlangte von der bayerischen Regierung, daß sie endlich einmal mit der Staatsvereinfachung ernst machen solle. Es wurden eine Reihe von Entschlüssen gegen das Reichschulgesetz angenommen, außerdem wurde gefordert, daß endlich damit Schluss gemacht werde, den Landesvertragsparagrafen als innenpolitischen Kampfmittel zu mißbrauchen.

Bericht Magdeburg.

Beranftaltungen

Deutscher Demokratischer Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Die nächste Sitzung findet am Montag, den 5. September, abends 7½ Uhr in den „Altfelders Bürgerhäusern“ statt.

Stammlich für die Mitglieder der D. D. P.: Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, Hotel „Weißer Bir“, Weinajstraße 6. Starke Beteiligung erwünscht.

Demokratische Jugend: Sonntag, den 4. September, Feldfahrt, Treffen 5.30 Uhr Hauptbahnhof. Fahrpreis 1.40 M.

Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Frankfurter Jugendheim: Mitgliederversammlung.

Demokratische Kathauskration: Montag, den 5. September, pünktlich abends 6.30 Uhr Fraktionsstiftung.

Die Reichsparteileitung der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet, wie bereits mitgeteilt, am Sonntag, den 18. bis einschließlich Dienstag, den 20. September in Bad Eilsen 6. Bildgebung eine Parteisekretärkonferenz. Zu dieser Konferenz haben sich bisher zur Teilnahme gemeldet: Reichstagsabgeordneter Dr. Hummel, Landtagsabgeordneter Dr. Bohner, der Vorsitzende des Organisationsausschusses Malther S a h l e b e n, Magdeburg, sowie die Sekretäre M ü n z, A n e i s, B i h und W a l m a n n.

Unser Reichstagsabgeordneter Dr. Hummel nimmt an der Parteisekretärkonferenz der Deutschen Demokratischen Partei in der Zeit vom 18. bis 20. September in Bad Eilsen teil. Er hat ferner eine Einladung des Deutschen Städtetages, der in der Zeit vom 22. bis 24. September in Magdeburg tagt, angenommen.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner befindet sich zurzeit noch in Urlaub. Er nimmt an der Parteisekretär-

Anfiedlungsmöglichkeit und Siedlungskredite.

In der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 28. August behandelt Heinrich Lübbe diese Fragen.

Höhe der Anzahlung bei der Anfiedlung. Wenn ein Siedlungsunternehmen Land zu Siedlungszwecken gekauft hat, so gibt das Reich oder der Staat auf Grund einer von der Landesultustbehörde vorgeschriebenen Lage dem Siedlungsunternehmen einen Ankaufkredit, der in der Regel 90 Prozent des Ankaufpreises beträgt. Zur Veranschaulichung des Landes, zum Aufbau der Gehöfte, zur Durchsiedlung und zum Wegebauen usw. wird der sogenannte Nachweisungskredit gewährt, der ebenfalls bis zu 90 Prozent der entstandenen Kosten gegeben wird. Allerdings müssen die 6000 M., die bei Errichtung von Gehöften als Hauszinssteuerhypothek gegeben werden, von den 90 Prozent der durch den Aufbau der Gehöfte entstehenden Aufkosten abgezogen werden.

Beispiel: Der Preis des Landes, das für eine Siedlerstelle notwendig ist, betrage 18 000 M., die Gehäufestellen seien auf 12 000 M. veranschlagt. In diesem Falle werden aus Reichs- oder Staatsmitteln für das Land 90 Prozent von 18 000 M., das sind 16 200 M., für die Gebäude 10 800 M. Kredit gewährt. In diesem zuletzt genannten 10 800 M. ist aber die Hauszinssteuerhypothek in Höhe von 6000 M. enthalten. Für den Ankauf des Landes müßte der Siedler also aus eigenen Mitteln 8000 M. für die Erstellung der Gebäude 1200 M., zusammen 9200 M. aufbringen. Hinzu kommen noch die Aufkosten für die Durchführung der Siedlung, für die Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse usw., so daß m. E. bei vor- handenem eigenen Inventar im Durchschnitt eine Anzahlung von 4000 M. genügen müßte, um eine 60-Morgenstelle auf Kulturland erwerben zu können. Verfügt der Bewerber aber über kein Inventar, so muß auch hierfür noch Anschaffungskosten in Höhe von rund 3000 M. in Ansatz zu bringen. Solange die Siedlungsgesellschaften aber genügend Bewerber mit 8 bis 15 000 M. Anzahlung

ein sogenannter Einrichtungskredit gewährt werden allerdings 4000 M. in keinem Fall überschreiten darf, stets einem Drittel der Aufkosten in einer Kolonie dieser Kredit zugewendet werden.

Zu den Anträgen über die Kredite für Siedlung.

Aus den Ueberschüssen der Reichsgesellschaft werden Kredite für die Anfiedlung auf verbessertem Boden Verfügung gestellt, und zwar

1. zur Errichtung neuer Stellen
 - a) auf gekauftem Lande, das möglichst mit Hilfskulturland bzw. einer etwa vorhandenen Siedlungs-Gesellschaft oder -Gemeinschaft erworben werden soll,
 - b) auf solchem Lande, das vom Hofe aus durch Trennung von Teilen der Stammstelle besiedelt werden soll,
2. zur Vergrößerung bestehender Kleinbetriebe (Liegereisiedlung.)

Diese Kredite, die etwa 15 Jahre unkündbar sind, werden gegeben.

1. als Ankaufskredit zum Zweck des Erwerbs von Kulturland bis zu 90 Prozent des Kaufpreises; darüber der Kaufpreis eine bestimmte Grenze nicht überschreiten.
2. als Nachweisungskredit
 - a) zur Kultivierung des Ledandes, und zwar bis 300 M.
 - b) zur Errichtung eines Gehöftes und zwar einschließlich der Hauszinssteuer bis etwa 90 Prozent der entstehenden Kosten.

Für unbenutzte Siedler, die besonders tüchtig zu können darüber hinaus Einrichtungskredite gewährt werden.

Für die Ankauf- und Nachweisungskredite haben die Siedler jährlich auszubringen:

- im 1.—3. Jahr ½ Proz. Zinsen,
 - im 4.—9. Jahr 2 Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung,
 - ab 10. Jahr 3½ Proz. Zinsen und 2 Proz. Tilgung.
- Niederer Siedler jährlich
- im 1.—3. Jahr ½ Proz. Zinsen,
 - im 4.—9. Jahr 3 Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung,
 - ab 10. Jahr 4½ Proz. Zinsen und 2 Proz. Tilgung.

Die jährliche Verzinsung der Einrichtungskredite beträgt

- im 1. und 2. Jahr ½ Prozent,
- im 3.—5. Jahr 2½ Prozent,
- vom 6. Jahr ab 3 Prozent und je nach Lage und Verhältnissen des Siedlers 3—5 Prozent Tilgung.

Jeder, der z. B. als Bauernmann oder Bäcker notwendige landwirtschaftliche Inventar hat und etwas Spargeld oder in seinem vorhandenen Inventar einige Reserven besitzt, kann also zur Errichtung einer Siedlerstelle auf Oedland schreiten, wenn für die Möglichkeit besteht, mit Hilfe eines Kulturlandes einer Siedlungs-Gesellschaft oder -Gemeinschaft zur Kultivierung geeignetes Land zu erwerben.

In der Regel würde es zur Errichtung einer Siedlerstelle auf Oedland genügen, wenn neben lebendem totem Inventar rund 1000 M. Barmittel verfügbar

An Alle!

Die Bezugsgebühren für das

3. Quartal

sind fällig. Gemäß unserer Ankündigung erheben wir die rückständigen Bezugsgebühren durch Postnachnahmen bezugslos gegen Einsendung.

erhalten können, werden natürlich die Anforderungen entsprechend hoch gestellt.

Nach der Gewährung der Kredite erhält der Siedler ein Freijahr. Der Zinsfuß für die gewährten Kredite beträgt 3½ Prozent jährlich; dazu kommt ½ Prozent für Tilgung und ¼ Prozent für Verwaltungskosten, zusammen 4½ Prozent. Die Verzinsung der Hauszinssteuerhypothek beträgt nach den Vereinbarungen mit Preußen 1 Prozent und die Tilgung gleichfalls 1 Prozent.

Bei ärmeren Siedlern kann in besonderen Fällen, z. B. bei Anfiedlung von Landarbeitern oder Heuerleuten,

Konferenzen in Bad Eilsen teil. Ab 20. September spricht Dr. Bohner in verschiedenen Orten des Wahlkreises. Das nähere Programm wird von uns noch bekanntgegeben.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Landesverband Braunschweig, Freitagabend Sachsen und Freitagabend Anhalt veranstaltet eine Landesversammlung am 17. und 18. in Magdeburg.

Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter (S.-D.). Der Ortsverein Neustadt hielt am Sonnabend, dem 27. August, in den Räumen der „Wilschka“ eine Jubiläumsfeier ab, die sehr gut besucht war. Die Jubiläre Ernst M a r t i n g, Willi D ü b e n, Friedrich W e g e n e r und Alfred R i n g e l wurden für ihre 25jährige Zugehörigkeit zum Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter in besonderer Weise geehrt. Zu den Gratulanten gehörte auch der demokratische Landtagsabgeordnete Oberstudienrat Dr. Bohner. Die Feier wurde umrahmt von tümerlichen Vorführungen des Männer-Turnvereins Magdeburg-Neustadt sowie von lebendigen Darbietungen des Gesangsvereins „Neustädter Liebesfranz“. Der Vorsitzende des Hauptverbandes G e i s e l -Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, hielt ein Respekt über Zweck und Ziel des Gewerkschaften.

Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter (S.-D.), Ortsgruppe Badua.

Unser Ortsgruppe hielt am Sonnabend, dem 27. August, ihre Monatsversammlung ab, in der Konrektor H e n n i n g über den Reichschulgesetzentwurf sprach. Er wies überzeugend nach, daß der Kundliche Entwurf wichtige Berufsangelegenheiten umgeht, indem er die Gemeindefeststellen der Bekennnisschulen und weltlichen Schulen nebeneinander, während sie nach der Reichsverfassung die Regelstelle sein soll. Das geschieht um die Bevorzugung der Bekennnisschulen nachzugehen zu können. In der Hand des Entwurfs wurde nachgewiesen, wie diese Schule dem Verfasser des Entwurfs die ideale Schule ist. Der Staat gibt ihr zu Liebe einen Teil seiner Hoheitsrechte auf und tritt sie an die Kirche und sogenannten Erziehungsberechtigten ab. Falls der Entwurf Gesetz werden sollte, würde unter deutsches Schulwesen gestrichelt, die Gemeindefeststellen der Lehrer beeinträchtigt und den Gemeinden würden ungeheure neue Kosten aufgeschuldet werden. Die Einrichtung konfessioneller oder weltanschaulich-

der Zwergschulen dürfte nach Ansicht des Redner nur durchgeführt sein, wenn die Interessenten die Kosten für Unterhaltung dieser Schulgebäude selbst tragen. Wäre dem Interesse nach die Verarmung auch die Ausrichtungen über den Unterschied zwischen Bekennnisschulen und Ligion auf, wobei der Redner nachwies, daß die Grundtendenzen des Christentums sowohl in der evangelischen auch in der katholischen Konfession zum Ausdruck kommen. Wenn in der Gemeindefeststelle das Bekennnisschulsystem nicht in dem Maße betont werde, wie in der erstrebten Bekennnisschule, so sei das in einem Volke, das sich Jahrhunderte die Köpfe um seinen Glauben eingeschlagen habe unglücklich. Das vom Christentum durchzogene deutsche Kulturgut müsse die Grundlage unserer deutschen Schulerziehung sein. An den Vortrag schloß sich eine V. Sprache, in der sich zeigte, daß die Anwesenden dem obigen Urteil des Redners über den Schulgesetzentwurf 100 Prozent mit ihm der Meinung waren, daß es auf jeden Fall Gesetz werden dürfte.

An die Arbeit! In der zweiten Septemberhälfte muß die Parteiarbeit wieder aufgenommen werden, Ortsgruppen sammeln ihre Mitglieder zu Ausprägungen, schloßen oder öffentlichen Versammlungen. In all dem, wo noch keine Ortsgruppen bestehen, müssen ersten Mitarbeiter und Vertrauensmänner ihrerorts die Anstellung von Werbenschreibern beginnen. Die Listen müssen sorgfältig durchgearbeitet werden und sprechende Bemerkte enthalten; z. B. „Vertrauensmann des Deutschen Bauernbundes“, „Vorstandsmitglied Mitteldeutscher Handwerkerbundes“, „Bischof der Jesuiter Partei“, mit anderen Worten, aus der Liste in genau zu ersehen sein, um was für Persönlichkeiten es handelt. Diese Listen müssen bis spätestens Mitte Oktober bei der Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg, Weiterweg 139/1 eingereicht werden. Alle vorhandenen Kräfte müssen zu ihrem Teile mitarbeiten, damit die Organist in ganzen Wahlkreis ausgeht und erweitert wird. Es bedeutet selbstverständlich für jeden Demokraten Übernahme einer Arbeit, deren Last und Mühe von jedem getragen werden kann. Wir müssen uns ohne Scheu daran gemöhnen, für unsere politischen Ideale einzutreten. Jede von Demokraten gehen lassen im Hintergrund! Mit ihrer Hilfe wäre eine gute, schlüssfertige Organist zu schaffen. An diesen Teil unserer Wähler wenden

in erster Linie: Kommt zu uns, treten die Anstalten bei. Beante, denkt daran, daß die Republik dienen will, beweist, daß Ihre gute Absicht ist, schließt sich der deutschen Demokratischen Partei an. Scherz, gesagt es nie, doch nur die demokratische Partei eine entscheidende Stellungnahme in der Reichstagswahl angenommen hat. Demosn, weiß besonders auf diesen Vorgang hin.

Programme der Mitteldeutschen Beamtentagung.

Die Mitteldeutsche Beamtentagung wird am Freitag, 9. September, 1930 Uhr mit einem Begrüßungsabend im Festsaal des Kristallpalastes eröffnet werden. Der städtische Orchester unter Leitung von Musikdirektor Walter Beck haben ihre Mitwirkung Magdeburger Lehrer-Gesangverein, sowie Kammerchor Otto Kohn und Toni Weiler, Mitglieder der Bühnen, zugesagt. Den Abschluß des Begrüßungsabends bildet ein Festball.

Die Verhandlungen werden am Sonnabend, den 10. September, vormittags, mit den Sitzungen des Gesamtvorstandes und des Programmkomitees eröffnet. Für den Nachtag ist ein Besuch der Deutschen Theater-Ausstellung vorgesehen.

Am Sonnabend Abend 20 Uhr findet alsdann im Saal der Stadthalle eine große Beamtensammelfest, in der der erste Bundesvorsitzende Kluge, in, über das Thema „Der Kampf der deutschen Beamtenschaft um eine gerechte Besoldung“ sprechen wird.

Am Sonntag vormittags 9 Uhr beschließt eine öffentliche Kundgebung im großen Saal der Stadthalle die Verhandlungen der Mitteldeutschen Beamtentagung. Im Rahmen der Kundgebung wird Prof. Dr. Sombart, in, das Wort ergreifen zu dem Thema: „Beamtentum und Wirtschaft“, während Ministerialdirektor Dr. L. Präsident des Bundesamtes für Heimatwesen, über „Beamtentum und Staat“ sprechen wird.

Bei der großen Bedeutung der Mitteldeutschen Beamtentagung sind Verhandlungen angebahnt, die darauf zielen, die Reichsregierung zu veranlassen, durch einen solchen Vertreter an der Sonntagkundgebung teilzunehmen. Ueber das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen folgt noch nähere Mitteilung.

Die Volksbühne ruft.

Die Magdeburger Volksbühne beginnt in diesem Jahr ihr 6. Spieljahr. Sie hat während der Zeit ihres Lebens den Beweis erbracht, daß es ihr um die Verlebendigung echter künstlerischer Werte ernst ist. Sie bringt aus Tolstois „Hintermann“ als auch Kleists „Prinz Homburg“, da bei der Wahl der Stücke ausschließlich künstlerische Wert entscheidend ist. Sie ist der Ansicht, daß das Schaffen eines großen und edlen Dichters weit über religiöse Bedürfnisse und parteipolitische Interessen hinausgeht und möchte in Konsequenz davon zu dem Teil nicht dazu beitragen, daß die Kunst als Dime wichtiger Betreibungen benutzt wird. Wenn deshalb darum ist, das Theater wieder zu einer Säule werden zu lassen, in der im besten Sinne des Wortes geistige Werte mittel werden, muß sich der Volksbühne annehmen. In der nächsten Zeit wird die Volksbühne die Verlebendigung der Volksbühne veranlassen, auf den wir uns Leser ganz besonders aufmerksam machen.

Haben Sie schon Winterkartoffeln?

Einige demokratische Handwerker aus dem Kreis um die Deutsche Demokratische Partei mit la ausgesprochenen Winterkartoffeln zum Tagespreis frei Keller zu liefern. Einzugsstellen für die Beförderung liegt im Ort der Deutschen Demokratischen Partei, Breiter Weg 40, an. Schriftliche oder fernmündliche Bestellungen werden entgegengenommen.

Zum Disziplinärverfahren Hoffmann-Killing.

Die Disziplinärverfahren Hoffmann-Killing, die aus dem Abgeordneter Nordproseff Hans nach zur endgültigen Erlegung steht, ist kürzlich dem Disziplinärkomitee zugestimmt worden, der sich im Laufe des Winters mit der Sache befaßt wird. Zur Entscheidung der Sache für den Fall, dass es unter dem Disziplinärkomitee Ermittlungen.

Geschäfts Jubiläum.

Das bekannte Warenhaus Gebr. H. & S. in Magdeburg beging am Freitag, dem 2. September sein 25jähriges Bestehen. Am 2. September 1902 wurde das Warenhaus in Betrieb gesetzt und hat seit der Zeit einen sehr großen Aufschwung genommen. Unsere Leser wird es interessieren, zu erfahren, daß bei der Gründung dieses Warenhauses zur Regelung des Verkehrs mit dem Breiten Weg die Feuerweh eingreifen mußte. Inzwischen, Herrmann B. oder, ist eine bekannte Persönlichkeit, der sich Verdienste auf gemeinnützigem Wege erworben hat. Wir Demokraten übermitteln Herrn Hermann B. zu diesem Jubiläum unsere herzlichsten Glückwünsche.

Schaffung eines Heimes für vermittelte Männer des Mittelstandes.

Bei dem Vorstand des Hospitals St. Georgii gibt eine wichtige Mitteilung von vermittelten Männern, deren Junggeheulen sind, um Aufnahme ein. Da es sich diesem Falle nicht um eine Vereinstellung von Wohnungen handelt, sondern auch Verpflegung gewährt werden muß, ist es bislang nicht möglich, solchen Bewohnern zu schaffen. Der Vorstand befaßt sich deshalb sofort mit der Schaffung eines Heimes, in denen älteren Arbeitern und Verpflegung zu mäßigem Preise gewährt werden kann. Selbstverständlich muß sich die Einrichtung der Möglichkeit selbst erhalten. Das Vorhaben des Vorstandes von St. Georgii ist durchaus zu begrüßen und

wird eine Hilfe mit den vielen Wohlfahrtsbestrebungen ausfüllen.

Richtmeyer. Böttische Dichtern. Im sozialdem. Parteiblatt lesen wir: Es dürfte immerhin interessant sein, zu wissen, daß es in Richtmeyer auch noch deutsch-völkische Rindvieh gibt. Lesen wir da von einem Landwirt F. Haffelbacher aus Richtmeyer 1 folgende Aufzählung in der „Mecklenburger Warte“, die der „Nordwestdeutsche Viehhändler“ abdruckt:

Es ist leider Tatsache, daß der gesamte Viehhändler, besonders des Vollerne, ostpreussischen, Ostbayer und Württemberg, fast reiflos in jüdischen Händen liegt. Schimpfen nicht nichts. Sagen: „Kauf und verkauf Eier Vieh nicht durch Juden“ nicht ebensolch, denn dann kommt die Frage: „Wo — wie — bei wem?“

Darum haben wir uns entschlossen, im Gau Magdeburg-Anhalt mit vorläufig einem deutsch-völkischen Landwirt in Beziehung zu treten, um dort Vieh vom nordischen Bauern nach hier zu beziehen. Ich bitte alle Landwirte und Viehhändler, sofort mit mir in Verbindung zu treten, zwecks Einrichtung einer deutsch-völkischen Viehvermittlung. — Es soll dann baldmöglichst eine Zusammenkunft in Magdeburg stattfinden, um Richtlinien zu besprechen. — Damit keine Verwechslung eintreten kann, tragen die völkischen Dichtern große Hakenkreuze.

Wer hat bezahlt? Eingegangene Gelder: R. S. See-

hauken 1. A. 645 M.; G. M. Samersleben 435 M.; L. S. Schönbäumen 465 M.; W. L. Götzen 813 M.; R. G. M. Schwanbe 465 M.; J. G. Sommersdorf 5 M.; D. B. Schwanbe 465 M.; R. P. Calbe 615 M.; S. R. Quablinburg 525 M.; W. P. Magdeburg 3 M.; G. S. Seehausen 1. A. 20 M.; W. P. Wehlig 5 M.; R. Schwanleben 810 M.; S. R. Rhoden 385 M.; M. S. Tanagerhütte 1640 M.

Bezirk Halle.

Glückwunsch des preussischen Handelsministers an Frau Dr. Gofke.

Halle. Anlässlich der Feier des 70. Geburtstages, die Frau Dr. Margarete Gofke am 26. August begehen konnte, sandte auch Herr Minister Dr. Schreiber ein Glückwunschtelegramm folgenden Inhalts:

Der verehrten Führerin Halleischer Frauen sende ich zu ihrem 70. Geburtstag herzlichste Glückwünsche und Grüße in dankbarer Erinnerung an die wertvolle Mitarbeit im Kampfe für gemeinsame Ideale. Handelsminister Schreiber.

National.

Halle. Am 22. August brachte das „Berliner Tageblatt“ die Mitteilung, daß in Westfalen der Rittergutsbesitzer und Majoratsbesitzer Harry von Billow auf Rathkamp (Kreis Bielefeld in Schleswig-Holstein) einen auf einer Strandburg befindlichen Flaggmast mit Reichsflagge aus dem Boden herausgerissen und das Fahmentuch beschädigt habe. Um diese Tat zu vollbringen, war der Herr Majoratsbesitzer in der Dunkelheit, auf dem Bauche liegend, an die Strandburg des Abgeordneten Steintopf herangeliegen und hatte, als er von einem Strandwächter auf frischer Tat gestellt wurde, versucht, sich durch eilige Flucht der Feststellung seiner Person zu entziehen. Was wird diesem Rittergutsbesitzer und Majoratsbesitzer nun geschehen? Ginge es nach Recht und Gesetz, dann müßte er wegen Verübung eines Diebstahls bestraft werden. Denn alle Anzeichen, die von der widerrechtlichen Aneignung oder Zerstörung fremden Eigentums handeln, treffen hier zusammen. Und ebenso müßte der Herr Majoratsbesitzer künftig bei allen ehrlichen und anständigen Menschen gesellschaftlich unzulässig sein. Aber darüber, daß beides nicht eintreten wird, braucht man sich keinem Irrtum hinzugeben. Herr von Billow wird sicher für sich nach wie vor eine „höchwertige nationale Genügnung“ in Anspruch nehmen und seine Verteidiger werden mit aller Begeisterung zu beweisen versuchen, daß dieser Flaggendiebstahl nur auf einen „nationalen Ueber-eifer“ zurückzuführen sei und demgemäß auch qualifiziert werden müsse.

Wir in Halle kennen diese Art „nationaler Betätigung“ ja zur Genüge. Noch kürzlich wurden unsere Pfadete, die unsere Verfassungsfeier antündigten, an einigen Stellen abgetrieben und mußten erneuert werden. Schider, die im Treppenhause nach unserem Parteibüro wiesen, werden mit Hakenkreuzen beschriftet oder auch angegriffen. Ein Parteilichbild, das am Haupte in der Leipzigerstraße unser Parteibüro anzeigte und mit starken Schrauben in der Mauer befestigt war, wurde mit Gewalt abgerissen und geschoßen. Wer sind die Täter? Erwischt ist leider bisher noch niemand. Aber sollte es diesmal gelingen, dann würde man auch nur Vertreter der gleichen „nationalen“ Einstellung vor sich haben, die den völkischen Rittergutsbesitzer veranlaßt, einem Babegatt der Reichsflagge zu fehlen. Und so etwas nennt sich dann ein Deutscher mit großem Besonderen des Reichswehrministeriums. In solche Leute kräftigen sich in ihren Kreisen wohl noch mit ihrer Betätigung und — das ist das schlimmste — finden nicht nur Gleichgültige, sondern sogar Anerkennung und Zustimmung.

Schlimmer als in allen solchen Fällen ist das Wort national wohl niemals mißhandelt worden. Und angeblicher Berichtigung man solche Taten ausführt, die Farben schwarz-weiß-rot, nicht schänden. Nach Ansicht des „Stahlschmelz“ sollen die Farben des Reichswehrministeriums, die Freiheit des deutschen Gewissens und der deutschen Seele verkörpern. (Die Monarchie läßt man leicht — aber nur vorläufig und als taktische Rücksicht — günstig fallen.) Was müssen alle diese Leute für eine Vorstellung vom deutschen Gewissen und von der deut-

lichen Seele haben, wenn sie Handlungen begreifen, oder dazu auffordern, die nur als Bewährgrenzenloser Gehässigkeit und nationaler Entartung generiert werden können. Der Führer des Stahlheilens, Franz Seldte, schreibt in einem Aufsatz: „Die Frontkämpfer des Weltkrieges sind es unfein unter schwarz-weiß-rot gefleckten Kameraden schuldig, jeden Versuch, so auch den des Reichswehrministeriums, diese Farben allmählich besetzt zu drängen, abzulehnen.“ Das Recht der Abwehr soll unberührt sein. Aber wenn man als Abwehrmittel Diebstahl, Beschmutzung und Verächtlichmachung der schwarz-rot-polnen Reichsflagge verwendet, dann zeigt dies von einer Gewissens- und Seelenverwirrung, die da von Befehlenden als Schändung der Nation brandmarkt.

Der völksparteiliche Festredner bei der Verfassungsfeier, Herr von Kardorf, sagte in Anwesenheit des Reichspräsidenten von Hindenburg: „Ein Land, das seine eigenen Farben nicht achtet, kann keinen Anspruch erheben auf Achtung in der Welt.“ Der völkische Generalsekretär von Hindenburg zeigt als Reichspräsident die schwarz-rot-polnen Farben als Hoheitszeichen Deutschlands, die deutschnationalen Minister Herzog, Keubell, Schiele und Koch haben den Eid auf diese Farben abgelegt. Die schwarz-rot-polne Fahne hat auch wiederholt auf Särgen gelegen, in denen die zerstückelten Leiber treuer Republikaner geborgen wurden. Auch „Schwarz-Rot-Gold“ hat Blut getrunken. Und angehängte Millionen der deutschen Nation sind mit diesem Blut und diesen Farben verfleckt. Trotzdem aber sind sie immer zu der Erklärung bereit gewesen, auch die Farben deutscher Vergangenheit, die Farben schwarz-weiß-rot, zu achten und demgemäß zu handeln. Warum geschieht von der anderen Seite nicht ein Gleiches? Das Andenken an die Toten des Weltkrieges kann doch kein Hindernis sein. Diese Millionen sind für ihr Vaterland, für das ganze Volk, für Heim und Herd gefallen. Und wenn das Vaterland sich unter den Farben schwarz-rot-gold wieder auferichtet hat und neuen Lebenswillen zeigt, dann geschieht dies gewiß auch im Sinne dieser Toten, und dann handeln und denken wohl gerade diejenigen im vollen Sinne national, die die Reichsfarben schwarz-rot-gold achten, weil sie als Symbol der Weierberechtigung Deutschlands gelten müssen. Warum bringt man nicht auch in der Kreise des Stahlheilens dafür endlich Verständnis auf? ... man in parteipolitischer Verkommenheit die Anhänger nur auf die Vergangenheit trainiert hat. Warum erlebten wir es noch bei der diesjährigen Verfassungsfeier, daß besonders Geschäftsleute und vor allem die großen Berliner Hotels die verfassungsmäßigen Farben des Deutschen Reiches nicht zeigten? Die Berliner Hotelvereinigung gibt selbst die Antwort: Weil sie sich das Geschäft mit den Anhängern von schwarz-weiß-rot nicht verdienen wollen.

Offener können die Früchte angeblich nationaler Einstellung und angeblich nationaler Erziehungsmethode nicht zutage treten. Und es scheint fast, als ob das Diktatorwort: „Zur Nation euch zu bilden, ihr heißt es, Deutsche, wegeben“ recht behalten soll. Es wird recht behalten, wenn nicht denjenigen, die sich als Anhänger deutscher Vergangenheit und der einstmalsigen schwarz-weiß-rot-golden Farben bekenne, endlich die Erkenntnis da für aufdämmert, daß jede nationale Betätigung in erster Linie die Achtung vor den verfassungsmäßigen Nationalfarben voraussetzt.

Halleische Hotels und der Flaggensandal in Berlin.

Halle. Daß die „Halleische Zeitung“ als völkisches Blatt sich der Berliner Hoteliers, die das Hissen der verfassungsmäßigen Reichsfarben ablehnen, mit besonderer Fürsorge annimmt, kann nicht wundernehmen. Von diesem Blatt kann man nichts anderes erwarten. Ein wenig anders steht es aber mit der von ihr bei mehreren Halleischen Hotels veranlassenen Umfrage, wie diese sich zum Berliner Flaggensandal stellen. Die „H. Z.“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 29. 8. das Ergebnis dieser Umfrage, und wenn man auch von den darin wiedergegebenen Auslegungen der betreffenden Hotelbesitzer nicht gerade überflüssig ist, so hat die Veröffentlichung nunmehr doch einen deutlichen Beweis dafür, daß es auch in Halle Hotelbesitzer gibt, die sich nicht zu der für jeden Deutschen selbstverständlichen Auffassung auftraffen können, daß das Hissen der verfassungsmäßigen Farben der Nation eine nationale Pflicht bedeutet. Ihre Umfrage hat die „H. Z.“ an die Leiter oder Besitzer der Hotels „Stadt Hamburg“, „Goldene Äugel“, „Hohenzollernhof“ und „Hotel Europa“ gerichtet. Interessant an der Umfrage des Leiters von „Stadt Hamburg“ ist zunächst, daß dieser sich als Begründung seiner Ablehnung der Nationalfarben darauf beruft, der ganze Vandabel verlehre seit 1830 in diesem Hotel, und ein anderer Standpunkt sei ihm daher gar nicht möglich. Ob Direktor Hagedorn von dem ganzen Vandabel zur Ablehnung der Nationalfarben autorisiert ist, wissen wir nicht. Aber er wird seine Leute ja kennen. Auch für die Besitzer von „Stadt Hamburg“ erklärt der Hoteldirektor, daß für sie ebenfalls nur die alten Farben in Betracht kämen. Und sehr gnädig bemerkt er, daß man in „Stadt Hamburg“ aber auch politisch Andersdenkende aufnehmen. Demnach scheint in diesem Hotel das Geld auch Wert zu haben, wenn es von Gästen ausgegeben wird, die den Farben ihres Vaterlandes Achtung schenken.

In zweiter Stelle werden dann die Auslegungen des Herrn Stone, des Inhabers der „Goldenen Äugel“, wiedergegeben. Herr Stone bekennt sich als Mitglied der Deutschen Volkspartei und meint, es sei für ihn ein Übel, die schwarz-rot-goldene (wörtlich aus der „H. Z.“ übernommen) Fahne zu hissen, er halte die schwarz-weiß-rote Fahne hoch. Wenn die „H. Z.“ seine Behauptungen richtig wiedergegeben hat, dann weiß dieser Halleische Hotelbesitzer also noch nicht, daß die Bezeichnung „schwarz-rot-gold“ eine Wächung der Nationalflagge bedeutet, die auf denjenigen zurückfällt, der sie auspricht. Und der Ansicht des Herrn Stone, er müsse als Mitglied der Deut-

sehen Volkspartei so denken, braucht man nur die Äußerungen eines großen volksparteilichen Blattes der „Kölnischen Zeitung“ entgegenzuhalten. Dort kann Herr Stöpe nachsehen, daß das Verhalten der Berliner Hoteliers als unerhört und würdelos, das Verhalten des Berliner Magistrats aber als ganz selbstverständlich bezeichnet wird. Außerdem erinnert sich Herr Stöpe vielleicht auch, daß der Führer seiner Partei, Außenminister Stresemann, auf die Farben schwarz-rot-gold den Eid abgelegt hat und daß auch der alte Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg die Staatsfarben als schwarz-rot-gold anerkennt und unter ihnen seine Amtshandlungen vollzieht.

Zu dritt hat sich der Vorkämpfer des „Hörsing-Hörsing“ geäußert. Für ihn ist die Flaggenfrage noch ungeklärt. Er möchte nicht hier und möchte nicht da anstoßen und bemerkt, den Tatsachen entsprechend, daß man es in Halle einem Saal- oder Hotelbesitzer schon überdeutet, wenn er seine Räume auch linksgerichteten Parteien zur Verfügung stellt.

Den Schluß in dem Interview macht dann Herr Trautisch von „Hotel Europa“. Auch dieser Hotelbesitzer spricht (immer vorausgesetzt, daß die „H. Z.“

seine Äußerungen nicht entstellt wiedergegeben hat) von einer schwarz-rot-gelben Fahne. Eine solche werde er sich niemals kaufen und er werde sich auch niemals und von keiner Behörde Vorschriften darüber machen lassen, wie er flaggen solle. Er teile ganz den Standpunkt seiner Berliner Kollegen.

Wir beschäftigen uns mit diesen Äußerungen, weil sie, wie eingangs gesagt, ein Bild von der Staatsgesinnung einiger halleischer Hotelbesitzer geben. Alle reden sehr viel davon, daß sie ihre Güter nicht nach ihrer parteipolitischen Auffassung und unbedingt die Haltung vor den verfassungsmäßigen Staatsfarben voraussetzt, davon scheint dieser Hoteliers bisher noch keine Erkenntnis gekommen zu sein. Möglicherweise, daß dies die Folge eines auf sie ausgeübten Druckes von Seiten ist, die nur für die verfassungsmäßigen Sinn und Verständnis haben. Ein Hotelbesitzer aber, der mitten im Wirtschaftslieben steht und den Staat und seine Organe sehr gut zu finden weiß, wenn es sich um Wirtschaftspragen handelt, sollte sich von einem solchen Druck lösen und der Gegenwart und Zukunft von Staat und Volk Rechnung tragen können. Vielleicht be-

sieht man sich in den betreffenden Kreisen die Dinge einmal von dieser Seite.

Halle. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Soeben den 4. September 1927, Pflichtfahrt nach Lößelitz, 10 Uhr per Auto. Abfahrt vormittags 10 Uhr vom Geschäftsraum, Harz 42/44.

Freitag, den 9. 9. 27, abends 8 Uhr im Kestner Saal, „Schmelzer's Hof“, Eichendorffstr. 19, Ortsgruppenfunktionär-Versammlung. Jeder Funktionär ist zur Teilnahme verpflichtet.

D. D. B. Ortsgruppe Weisenfels. Montag, den 5. September, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorsitzende

Wegen Platzmangel mußten einige Versammlungsberichte zurückgestellt werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag: Hugo Wiersma, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Wiersma (Alte Str. 10), Magdeburg.

Magdeburger Volkshühne

Die neue Spielzeit beginnt!

Magdeburgs Einwohner laden wir ein, Mitglied der Volkshühne zu werden.

Unser Spielplan sieht folgende Werke vor:

Wilhelm-Theater

Schauspiel: Die Räuber, Schauspiel von Friedrich v. Schiller
Pygmalion, Komödie von Bernard Shaw
Glaube und Heimat, Schauspiel von Schönherr
Wibbels Auferstehung, Lustspiel von Müller-Schöllkopf
Kirschgarten, Lustspiel von Fischechow
Othello, Tragödie von William Shakespeare
Misanthrop, Lustspiel von Molière
Die Zwölftausend, Schauspiel von Bruno Frank
Oper: Die schöne Galatée, Oper von Suppé
Die Nürnberger Puppe, Oper von Adam Hokuspokus, tomische Oper von Dittersdorf

Einheitsbeitrag 1.50 RM. Bei musikalischen Veranstaltungen wird feste Anschlag erhoben.

Stadttheater

Schauspiel: Der Diktator, Schauspiel von Jules Romains
Torquato Tasso, Schauspiel von W. v. Goethe
König Lear, Schauspiel von W. Shakespeare
Käthchen von Heilbronn, Schauspiel von H. v. Kleist
Peer Gynt, Schauspiel von Henrik Ibsen
Die Frau vom Meer, Schauspiel von Henrik Ibsen
Schinderhannes, Schauspiel von R. Zschornig
Hoppia, wir leben noch! Komödie von Ernst Toller
Spiel im Schloß, Lustspiel von Wolmar
Der echte Bianchonette, Schauspiel von Georg Kaiser
Mann ist Mann, Lustspiel von Bert Brecht
Oper: Lohngrün, romantische Oper von Richard Wagner
Hoffmanns Erzählungen, Oper von Jacques Offenbach
Der Barbier von Bagdad, tom. Oper von P. Corneille
Hänsel und Gretel, Märchenoper von E. Humperdinck
Cardillac, Oper von Paul Hindemith
Don Giovanni, Tragikomödie von W. A. Mozart
Der Rosenkavalier, Komödie für Musik von R. Strauß
Aida, Oper von Giuseppe Verdi
Oberon, romantische Oper von E. M. v. Weber
Jugend im Mai, Operette von Leo Fall

Einheitsbeitrag für Schauspiel und Oper 2.50 RM. Spezi. Herabsetzungen nach vorherigen.

Kammermusik-Konzerte

Otto Robin-Quartett - Prof. Fritz Kaufmann (5 Abende)
Otto Volkmann-Trio - Robin, Fritz Bühlung, O. Volkmann (3 Abende)
Prof. Eduard Erdmann (Klavierabend)

Preise der Konzerte für Mitglieder und Nichtmitglieder der Magdeburger Volkshühne: nummerierter Platz 2.50 RM., unnummerierter Platz 1.50 RM. Saalplätze in hinteren Reihen, Einheitsbeitrag 0.50 RM.

Literarische Abende, Tanzmatineen, Orchesterkonzerte, Kulturfilme usw. an den besten niedrigen Preisen.

Die Magdeburger Volkshühne

will alle Volkstheater zu einer lebendigen Kunstgemeinschaft angeschlossen, den Mitgliedern sämtliche Veranstaltungen aller Art - besonders gute Theateraufführungen - ermöglicht, verlässliche Preise an erster Hand zu zahlen und so, um die Durchführung einer einheitlichen Volkstheaterbewegung zu arbeiten. Die Magdeburger Volkshühne ist nicht nur ein Verein, sondern eine Bewegung. Sie fördert jede Kunstschöpfung und ihre Verbreitung in jeder Form und Weise.

Der geschäftsführende Vorstand:
 Vorsitzender: Otto Robin, Schriftführer: Fritz Kaufmann, Kassier: Otto Volkmann, Beisitzer: Eduard Erdmann, Fritz Bühlung, O. Volkmann, Hans-Joachim Roedelius, Hans-Joachim Roedelius, Hans-Joachim Roedelius.

Der Kunstsaal:
 Vorsitzender: Otto Robin, Schriftführer: Fritz Kaufmann, Kassier: Otto Volkmann, Beisitzer: Eduard Erdmann, Fritz Bühlung, O. Volkmann, Hans-Joachim Roedelius, Hans-Joachim Roedelius, Hans-Joachim Roedelius.

Auskunft und Anmeldeungen:
 in der Geschäftsstelle der Magdeburger Volkshühne, Berliner Str. 19 (Berlinerp. 9008) und in den Buchhandlungen Verlagsbuchhandlung und Volkshühne.

Werbt neue Leser!

W. Trint
 Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tasse
 Hartrstraße 6 Telefon 4711
 Warme und kalte Küche
 zu jeder Tageszeit
Festsaal

Parkrestaurant
Vogelgesang
 Täglich Konzert.
 Der Dahlienflor ist in voller Pracht.

Salzquelle
 Jeden Sonntag:
Konzert
 Anschließend
Tanzkränzchen.

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge	80.00	60.00	45.00	38.00
Sport-Anzüge		60.00	45.00	39.00
Burschen-Anzüge		35.00	28.00	17.00
Übergangsmäntel		70.00	60.00	56.00
Lodenmäntel		32.50	27.50	17.50
Gummimäntel			28.00	19.50
Streifhosen	15.00	13.00	11.00	9.25
Breecheshosen		12.50	10.50	7.50
Pilothosen	10.25	7.50	6.25	5.25
Monteur-Anzüge		9.00	8.50	7.00

KONSUM-VEREIN
 Jakobstr. 42 Ecke Peterstr.

Ein schneller Entschluß spart Ihnen viel Geld!

Noch können Sie zu den billigen Preisen unserer ersten Warenablässe kaufen.

Tuchmäntel von Mk. 15.75 an
Mäntel mit Pelzbesatz von Mk. 19.50 an
Kindermäntel, Kleider
 schöne, große Auswahl

Das Sommerlager fabelhaft billig!
Mäntelhaus Rotes Schloß
 Magdeburg, Breiter Weg 151, 1. Etage,
 Eingang Große Mühlstraße.

Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland
 gerichtlich beordneter Sachverständiger für das Kraftfahrwesen

Ausbildung von Kraftfahrzeugführern zu kalantesten Bedingungen und mit bestem Erfolg.

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
 Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

Alb. Willy Schüler

Kunst- und Bauschlosserei
 Wallstraße 12. Magdeburg Fernruf 2354

fertigt alle Schlosserarbeiten an.
 Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

E. Mackmann, Magdeburg
 Viktoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
 Fernruf 5539

Krankenpflegeartikel
 Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbinden
 Verbandstoffe Gummimarene
 Reines Fachgeschäft.

Die „Kavauma“

Magdeburgs Mittelstandskrankenkasse bietet

Kaufleuten, Handwerkern, Beamten, C. werbetreibenden, Landwirten, allen frei Berufen und Angestellten

den sichersten Schutz gegen Rückschläge durch Krankheit die beste Familienhilfe!

Aerztliche Behandlung als Privatpatient
 Niedrige Beiträge! Höchste Leistung
 Aufnahmealter bis 65 Jahre!
 Erholungsheime an d. See u. im Gebirg

„Kavauma“

Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins
 Gegründet 1899 zu Magdeburg

Hauptgeschäftsstelle Spiegelbrücke 13, T. 757 u. 28
 Wilhelmstraße, Gr. Diederstr. 24, T. 101
 Neue Neustadt, Nikolaistraße 6, Telefon 7
 Schönebeck, Kronprinzenstraße 1, Telefon 29
 Gommern, Breitestraße 59.

Hotelu. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thünel.

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
 Schwertfegerstraße 14/15.

